

## Medien-Information

---

14. Juni 2016 | Sperrfrist: Dienstag, 14. Juni, 15.00 Uhr

---

### **Haushaltentwurf 2017: Küstenkoalition verbindet erneut solide Finanzen mit klarer politischer Schwerpunktsetzung**

- **Neuverschuldung sinkt auf 126 Mio. Euro**
- **Strukturelles Defizit sinkt auf 147 Mio. Euro**
- **Bildung wird weiter gestärkt**
- **Flüchtlingsbedingte Kosten schwer planbar**

Kiel. Die Landesregierung hat heute den Entwurf für den Haushalt 2017 beschlossen. Es ist das fünfte Haushaltsjahr der Küstenkoalition. Der Konsolidierungskurs wird weiter umgesetzt, die politische Schwerpunktsetzung konzentriert sich erneut auf den Bildungsbereich.

Die größte finanzpolitische Herausforderung seit der deutschen Einheit ist nach wie vor die Versorgung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation sind diese Ausgaben nach wie vor schwer planbar. Eine aktualisierte, zwischen Bund und Ländern abgestimmte Planungsgrundlage steht noch aus. Auch erwarten die Länder eine weitere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Integrationsausgaben. Darüber werden die Ministerpräsidenten am kommenden Donnerstag mit der Bundeskanzlerin sprechen.

Die Asylverfahrensbeschleunigung hat begonnen und es bleibt abzuwarten, in welcher Geschwindigkeit die Altfälle abgearbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung die aktuelle Entwicklung bis zum Herbst weiter verfolgen und mit der Nachschiebeliste im November 2016 nachsteuern.

**Finanzministerin Monika Heinold:** „Noch planen wir mit ca. 690 Mio. Euro für Versorgung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Bei einer Neuverschuldung von 126 Mio. Euro. Sollten die Ausgaben für Flüchtlinge sinken, kommen wir der schwarzen Null näher. Als Finanzministerin möchte ich natürlich immer einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Zurzeit geht aber die humanitäre Verantwortung vor.“

## Ausgaben, Einnahmen, Neuverschuldung und strukturelles Defizit

Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht **bereinigte Einnahmen** in Höhe von 11.296 Mio. Euro vor. Gegenüber dem Soll 2016<sup>1</sup> bedeutet dies einen Einnahmeanstieg von 473 Mio. Euro bzw. 4,37 Prozent. Der Haushaltsentwurf sieht Steuereinnahmen (Steuern, LFA und BEZ) in Höhe von 9.425 Mio. Euro vor. Gegenüber dem Soll 2016 steigen die Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ um rund 460 Mio. Euro bzw. 5,13 Prozent.

Die **bereinigten Ausgaben** betragen im Haushaltsentwurf rund 11.423 Mio. Euro. Sie übersteigen das Soll 2016 um 327 Mio. Euro oder 2,95 Prozent. Bereinigt um den Kommunalen Finanzausgleich steigen die Ausgaben um 1,83 Prozent. Die Ausgaben für den **Kommunalen Finanzausgleich (KFA)** betragen rund 1,7 Mrd. Euro. Sie steigen gegenüber dem Soll 2016 um rund 193 Mio. Euro bzw. 12,81 Prozent. Die **Zinsausgaben** sinken um 66 Mio. Euro auf 607 Mio. Euro gegenüber dem Soll 2016. Die geplante **Nettoneuverschuldung** beträgt 126 Mio. Euro und sinkt gegenüber dem Vorjahressoll um rund 146 Mio. Euro.

Das **strukturelle Defizit** gem. Ausführungsgesetz zu Art. 61 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein beträgt im Jahr 2017 rund 147 Mio. Euro. Es unterschreitet die Vorgabe aus dem Ausführungsgesetz für das Jahr 2017 um 248 Mio. Euro. Die Defizitabbauvorgabe wird eingehalten. Gegenüber dem Soll 2016 sinkt das strukturelle Defizit um 276 Mio. Euro. Die Auszahlung der Konsolidierungshilfen in Höhe von 80 Mio. Euro ist somit gesichert.

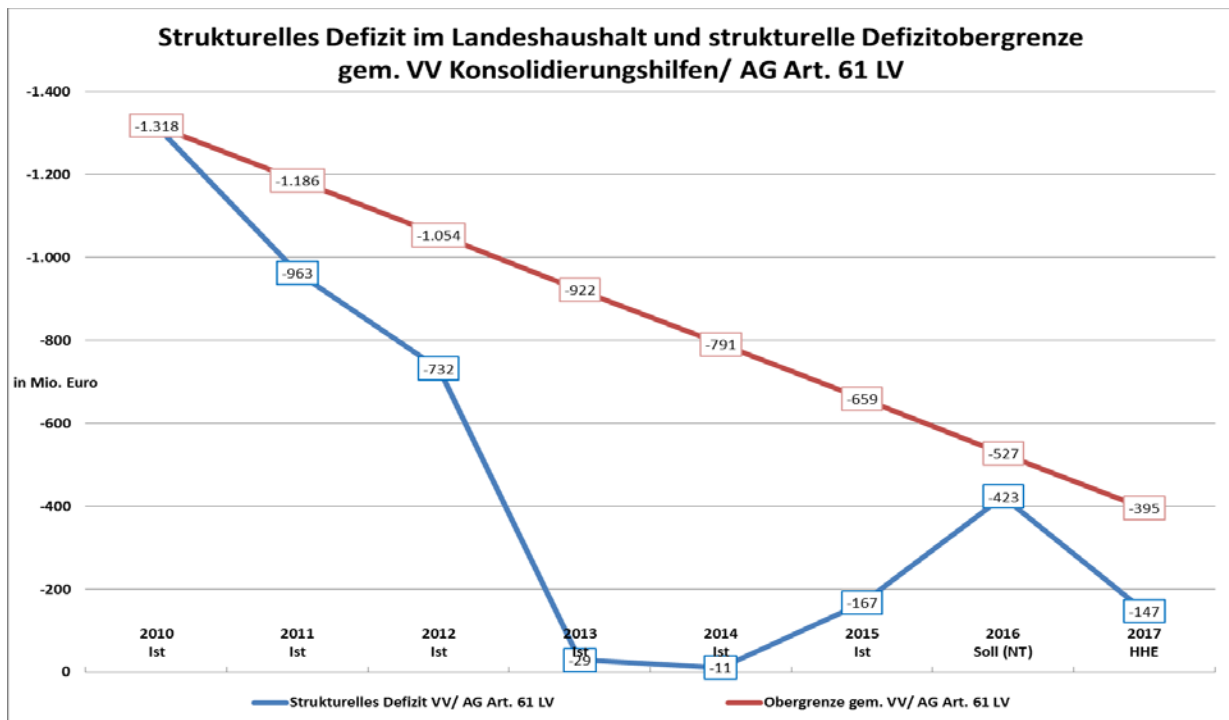
Einen erheblichen Anteil an der Haushaltskonsolidierung leistet die **Grunderwerbsteuer**. Die Anhebung von 3,5 Prozent in zwei Schritten 2012 und 2014 auf 6,5 Prozent führt inzwischen zu einer strukturellen Haushaltsentlastung von jährlich rund 251 Mio. Euro.

Die **Investitionsausgaben** sinken gegenüber dem Soll 2016 von 822 Mio. Euro auf 776 Mio. Euro. Die Investitionsquote liegt bei rund 6,8 Prozent. Von den dem Sondervermögen IMPULS 2030 in 2015 zugeführten 100 Mio. Euro werden gemäß der aktuellen Planung 60 Mio. Euro in 2017 entnommen – davon 53,1 Mio. Euro investiv – und dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen in entsprechender Höhe zugeführt.

**Finanzministerin Monika Heinold:** „Die Eckdaten des Haushalts 2017 zeigen, dass das Land sehr gut aufgestellt ist. Die Neuverschuldung ist seit 2010 um über 1,25 Mrd. Euro gesunken, das strukturelle Defizit sinkt mit dem Haushaltsentwurf auf 147 Mio. Euro. Die Küstenkoalition hat es trotz erheblicher Herausforderungen geschafft, den Konsolidierungskurs strikt einzuhalten. Das Land hat die besten Chancen, zukünftig ohne neue Schulden auszukommen. Das hat uns gerade erst auch der Stabilitätsrat bescheinigt. Er hat festgestellt, dass das Land das Sanierungsverfahren im Jahr 2016 erfolgreich abschließen kann.“

---

<sup>1</sup> Alle Vorjahresvergleiche beziehen sich immer auf das Soll 2016 inkl. Nachtrag



## Stellenentwicklung und Personalkosten

Die Personalausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr um 137 Mio. Euro (3,4 Prozent) auf 4,139 Mrd. Euro. Von der Steigerung entfallen 65 Mio. Euro auf Mittel für Tarif- und Besoldungsanpassungen, 47 Mio. Euro auf die Versorgungsausgaben und 25 Mio. Euro auf Ausgaben für aktives Personal. Insgesamt beträgt die Vorsorge für Tarif- und Besoldungserhöhungen 170 Mio. Euro. Die Versorgungsbezüge für die ehemaligen Beamtinnen und Beamte und deren Hinterbliebene betragen rund 1,15 Mrd. Euro. Als Zuführung an die Versorgungsrücklage sind 77,5 Mio. Euro vorgesehen.

Dem beschlossenen Stellenabbaupfad entsprechend werden 2017 insgesamt 496 Stellen abgebaut. Darüber hinaus gibt allein das Innenministerium mit dem Haushaltsentwurf 2017 aufgrund der geringeren Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge weitere 30 Stellen zurück. Bereits mit dem Nachtrag 2016 hatte das Innenministerium 29 Stellen zurückgegeben. Mit dem Haushaltsentwurf 2017 kommen 597 Stellen hinzu, um die Bereiche Bildung, Polizei und Justiz zu stärken, 576 Stellen fallen weg. Im Vergleich zum Stellenbestand 2010 werden Ende 2017 dann 36 Stellen abgebaut sein. Im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen wird die Notwendigkeit der in der Ministerialverwaltung und dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten für den Flüchtlingsbereich geschaffenen Stellen erneut überprüft und ggf. werden weitere Stellen wieder eingespart.

### Zusätzliche Stellen 2017

Lehrkräfte letzte Tranche BAföG	200
Lehrkräfte 2. Tranche à 200	200
Lehrkräfte/ Referendare/ LiV	50
Stellen Justiz	21
MELUR	1
Polizeianwärterinnen/ -anwärter	125
<b>Neue Stellen 2017</b>	<b>597</b>

**Finanzministerin Monika Heinold:** „Die Zeiten haben sich geändert. Ursprünglich wollten wir die Gesamtstellenzahl deutlich reduzieren, inzwischen sind wir froh, wenn es gelingt, die neuen Aufgaben stellenneutral zu bewältigen. Flüchtlingskinder brauchen Unterricht, die innere Sicherheit muss gewährleistet sein.“

### Flüchtlinge

Wesentliche Herausforderung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2017 ist die weiterhin große Unsicherheit bei der voraussichtlichen Entwicklung der Anzahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. In der Berechnung für das Jahr 2016 wurde davon ausgegangen, dass rund 27.200 zusätzliche Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein kommen werden.

Mangels belastbarer Prognosen für das laufende sowie für das kommende Jahr, hat die Landesregierung vorerst diese Annahme für das Jahr 2017 fortgeschrieben.

In den Monaten Januar bis Mai 2016 kamen 6.046 Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein, das sind 9 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2015 mit einem Zugang von 5.547.

Ende 2015 waren ca. 34.000 Flüchtlinge im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Ende März 2014 waren es ca. 37.000.

Die Ausgaben des Landes hängen aber nicht nur von der Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber ab, sondern auch von der Dauer der Verfahren. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die Ausgabenentwicklung bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern ist auch aufgrund des veränderten Abrechnungsverfahrens zurzeit schwer kalkulierbar. Daher hat die Landesregierung zusätzlich zu den eingeplanten 65 Mio. Euro eine Vorsorge von 55 Mio. Euro eingeplant.

Veranschlagt sind insgesamt rund 690 Mio. Euro.

<b>Ausgaben im Aufgabenbereich Asyl / Flüchtlinge</b>	<b>Entwurf 2017</b>
	<b>in TEuro</b>
Asylbewerber/-innen	303.984,0
Kontingentflüchtlinge	14.577,1
unbegleitete minderjährige Ausländer	121.410,0
Justizbereich	5.873,1
Bau, Bewirtschaftung und IT Unterbringung	108.296,0
Schulbereich: DaZ + Lehrkräfte/Referendare	53.611,7
Arbeitsmarktintegration	5.527,0
FH/Studienkollegs	2.500,0
Sozialbereich: Ehrenamt, Gesundheit, Kita	46.120,0
Wohnungsbau Zinszuschuss	12.000,0
Polizeibereich	13.482,0
Sonstiges	2.997,2
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>690.378,1</b>

Auf der Einnahmeseite sind Erstattungsleistungen des Bundes von 25 Mio. Euro als globale Mehreinnahme im Entwurf 2017 eingestellt. Hinzu kommen 24,3 Mio. Euro Betreuungsgeldmittel und 12 Mio. Euro für Wohnungsbau.

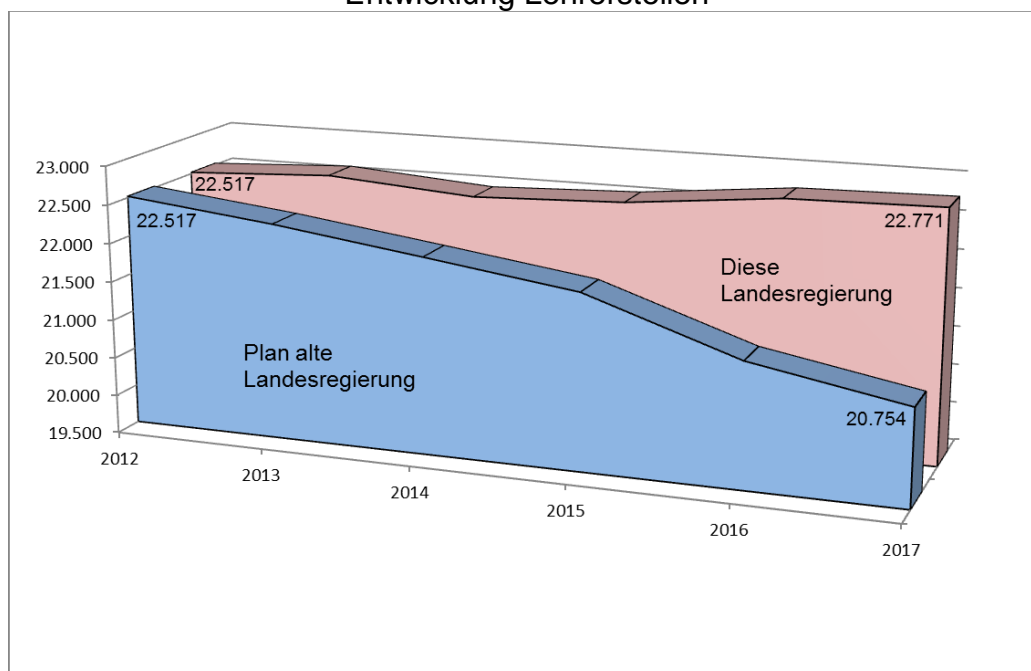
### Lehrerstellen

Eine der großen Herausforderungen in dieser Legislaturperiode war der Umgang mit dem 2010 beschlossenen Stellenabbaupfad bei den Lehrkräften. Weggefallen sind 2010-2012 bereits insgesamt 600 Lehrerstellen. Danach sollten 2013-2017 insgesamt 2.125 Lehrerstellen gestrichen werden.

Mit Hilfe von Umschichtungen, Bundes- und Landesmitteln ist es gelungen, den Abbau von Stellen deutlich zu reduzieren. Begründet sind 920 Lehrerstellen damit, dass inzwischen 11.000 Flüchtlingskinder beschult werden müssen.

Mit dem Haushaltsentwurf 2017 stehen insgesamt 254 mehr Lehrerstellen in den Schulen zur Verfügung als 2012.

## Entwicklung Lehrerstellen



**Finanzministerin Monika Heinold:** „Die Küstenkoalition hat das schwarz-gelbe Streichkonzert im Schulbereich gestoppt. Hätten wir den alten Stellenabbaupfad umgesetzt, müssten unsere Schulen mit ca. 2.000 Lehrerstellen weniger auskommen. Bildung ist und bleibt Schwerpunkt der Küstenkoalition. Wir können selbstbewusst sagen, dass wir schon ganz schön viel geschafft haben.“

In 2013 hatte diese Landesregierung den Stellenabbaupfad überarbeitet und für 2017 einen Abbau von 365 Stellen vorgesehen. In 2017 wird der aktualisierte Stellenabbau wie geplant umgesetzt. Demgegenüber kommen 400 Stellen hinzu, davon 200 Stellen zum 1. August 2017 aus der letzten Tranche der 728 neuen Stellen, die aus den freigewordenen BAföG-Mitteln finanziert werden. Weitere 200 Stellen werden aus Landesmitteln zum 1. Februar 2017 geschaffen. Außerdem werden 50 neue Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) zum 1. August 2017 ausgebracht, um auch zukünftig ausreichend Lehrkräfte für die Schulen zu haben.

### Weitere Maßnahmen für 2017

- Ab 2017 werden Eltern bei den **Gebühren der Kindertagesbetreuung** entlastet. Mit einem Zuschuss bis zur Höhe von 100 Euro pro Monat wird die Betreuung in einer Kita oder bei einer Tagespflegeperson für Kinder im Alter von bis zu drei Jahren unterstützt. Dafür stehen 2017 insgesamt 23,4 Mio. Euro bereit.
- Die Zuschüsse für den U3-Bereich werden um weitere 16 Mio. Euro aufgestockt. Ab 2017 stehen, bezogen auf die U3-Betreuung und qualitätsverbessernde Maßnahmen, 80 Mio. Euro mehr zur Verfügung als 2012, damit ist die mit den Kommunen vereinbarte Höhe erreicht. Betrug insgesamt die **Förderung der Kindertagesstätten** (Landesmittel und Bundesmittel) 2012 noch 108 Mio. Euro,

sind für 2017 ca. 216 Mio. Euro geplant. Darin enthalten sind 20 Mio. Euro für eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels im Elementarbereich.

- Für die Verbesserung der Förderbedingungen für die Angebote der **Offenen Ganztageschulen** und Betreuungen in der Primarstufe werden zusätzlich ca. 1,7 Mio. Euro bereitgestellt.
- Die Mittel für die **Schulsozialarbeit** werden mit 17,8 Mio. Euro fortgeführt. Der in Schleswig-Holstein erreichte Unterstützungsgrad durch Schulsozialarbeit kann somit gehalten werden.
- Zur Förderung von inklusiver Bildung stehen für Schulische Assistenz in Grundschulen und Schulbegleitung für 2017 insgesamt 19,8 Mio. Euro zur Verfügung.
- Die **Grundfinanzierung der Hochschulen** wurde beginnend mit dem Jahr 2016 um 10 Mio. Euro erhöht und wird nochmals um 5 Mio. Euro aufgestockt. Weitere Erhöhungen sind jeweils um denselben Betrag in 2018 und 2019 vorgesehen. Auf dem so erhöhten Niveau wird die Grundfinanzierung verstetigt.
- Das Land übernimmt **Tarif- und Besoldungserhöhungen** der Hochschulen.
- Der **Zuschuss für die Hochschulmedizin** wird um rund 1,3 Mio. Euro aufgestockt
- Die geplante **Einstellung von 400 Nachwuchskräften bei der Polizei** führt zu einem Mehrbedarf in Höhe von rd. 4,4 Mio. Euro für Personal-, Ausbildungs- und Sachkosten.
- Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV-SH) erhält einmalig 10 Mio. Euro für die betriebliche und bauliche Unterhaltung, für großflächige Deckenerneuerungen sowie für Um- und Ausbaumaßnahmen. Für diese Aufgabe konnte der **Investitionszuschuss an den LBV-SH** im Haushalt 2017 somit auf rund 53 Mio. Euro erhöht werden. Weitere 51,5 Mio. Euro erhält der LBV-SH als Betriebskostenzuschuss.
- Um den **gesundheitlichen Verbraucherschutz** weiter zu stärken, erhöht die Landesregierung ihren Zuschuss an das Landeslabor um 1,5 Mio. Euro. Mit den zusätzlichen Mitteln soll das jährliche Probenvolumen erhöht werden.

**Finanzministerin Monika Heinold:** „Nach fünf Jahren Küstenkoalition hat sich das Land verändert. Von Kita über Schule bis zu den Hochschulen haben wir die Bildung gestärkt. Neuverschuldung und strukturelles Defizit sind deutlich gesunken. Wir haben die gute Einnahmesituation und die niedrigen Zinsen genutzt, um die Flüchtlingsausgaben zu finanzieren. Der Haushaltsentwurf 2017 ist ein überzeugendes Dokument unaufgeregter, verantwortungsvoller Regierungspolitik. Er verbindet solide Finanzen mit einer klaren politischen Schwerpunktsetzung.“

---

Verantwortlich für diesen Presstext: Eugen Witte | Finanzministerium | Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel |  
Telefon 0431 988-3906 | Telefax 0431 988-616-3906 | E-Mail: [pressestelle@fimi.landsh.de](mailto:pressestelle@fimi.landsh.de) | Medien-Informationen der  
Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de) | Das Ministerium finden Sie im  
Internet unter [www.schleswig-holstein.de/fm](http://www.schleswig-holstein.de/fm)

## Haushaltsdaten Haushaltswurf 2017

	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Soll (NT) 2016	HHE 2017	Veränderung 2017
	in Mio. Euro								
bereinigte Einnahmen	7.976	8.561	9.129	9.760	9.621	10.650	10.822	11.296	473
<i>Anstieg bereinigte Einnahmen ggü. Vorjahr</i>		585	568	631	-139	1.028		473	
<i>Anstieg bereinigte Einnahmen ggü. Vorjahr in %</i>		7,3%	6,6%	6,9%	-1,4%	10,7%		4,37%	
bereinigte Ausgaben	9.306	9.251	9.299	9.645	9.867	10.563	11.096	11.423	327
<i>Anstieg bereinigte Ausgaben ggü. Vorjahr</i>		-55	48	346	222	696		327	
<i>Anstieg bereinigte Ausgaben ggü. Vorjahr in %</i>		-0,59%	0,52%	3,72%	2,30%	7,1%		2,95%	
bereinigte Ausgaben ohne KFA	8.112	8.198	8.157	8.408	8.447	9.011	9.590	9.724	134
<i>Anstieg bereinigte Ausgaben ohne KFA ggü. Vorjahr</i>		86	-41	251	40	564		134	
<i>Anstieg bereinigte Ausgaben ohne KFA ggü. Vorjahr in %</i>		1,1%	-0,5%	3,1%	0,5%	6,7%		1,83%	
Finanzierungssaldo	-1.329	-690	-170	115	-246	87	-273	-127	146
Nettokreditaufnahme	1.371	553	66	-295	213	-95	272	126	-146
struktureller Finanzierungssaldo	-1.318	-963	-732	-29	-11	-167	-423	-147	276
<i>Obergrenze</i>	-1.318	-1.186	-1.054	-922	-791	-659	-527	-395	132
<i>Abstand zur Obergrenze</i>		223	322	893	780	492	104	248	144
Steuereinnahmen (inkl. LFA/ BEZ)	6.406	6.760	7.412	7.948	7.824	8.761	8.965	9.425	460
Personalausgaben	3.267	3.339	3.446	3.512	3.615	3.757	4.002	4.139	138
Personalausgabenquote	35,1%	36,1%	37,1%	36,4%	36,6%	35,6%	36,1%	36,2%	0,17%
Zinsausgaben	969	941	908	863	773	651	673	607	-66
Kommunaler Finanzausgleich	1.194	1.053	1.142	1.237	1.419	1.552	1.506	1.699	193
Budget 1	3.737	3.764	3.880	3.958	4.084	4.336	4.748	4.912	164
Budget 2	3.416	3.502	3.381	3.610	3.626	4.062	4.198	4.236	38
Investitionsausgaben	982	964	785	730	652	752	822	776	-45
Investitionsquote	10,6%	10,4%	8,4%	7,6%	6,6%	7,1%	7,4%	6,8%	-0,61%